

Staatskanzlei

Kommunikation

Rathaus
Barfüssergasse 24
4509 Solothurn
Telefon 032 627 20 70
kommunikation@sk.so.ch
so.ch

Medienmitteilung

Personen mit Schutzstatus S: Zwischenbericht zeigt Fortschritte

Solothurn, 4. Mai 2026 – Die bisherigen Massnahmen zur Integration von geflüchteten Personen aus der Ukraine in den Arbeitsmarkt wirken. Die Erwerbsquote konnte gesteigert werden. Gleichzeitig besteht weiterhin ungenutztes Erwerbspotenzial, wie ein Zwischenbericht zeigt. Der Regierungsrat hat darum beschlossen, hochqualifizierte Personen beim Einstieg in den Arbeitsmarkt zu unterstützen.

Seit 2024 setzt der Kanton Solothurn einen Massnahmenplan zur wirtschaftlichen Integration von Personen mit Schutzstatus S um. Dieser ist abgestimmt zwischen kantonalen Stellen, Einwohnergemeinden, Sozialregionen und Wirtschaftsverbänden. Der aktuelle Zwischenbericht bestätigt, dass die bisherigen Integrationsmassnahmen grundsätzlich wirksam sind. Insbesondere konnte die Erwerbsquote bei den Geflüchteten aus der Ukraine, die seit drei Jahren im Kanton Solothurn leben, per Ende 2025 auf 50,6 Prozent gesteigert werden. Damit wurde das vom Bund vorgegebene Ziel erreicht.

Trotz dieser positiven Entwicklung zeigt der Zwischenbericht, dass ein Teil des vorhandenen Erwerbspotenzials weiterhin nicht ausgeschöpft wird. Gründe dafür sind unter anderem sprachliche Hürden, strukturelle Integrationshemmnisse (z. B. gesundheitliche Einschränkungen) sowie Schwierigkeiten bei der Anerkennung von im Ausland erworbenen Qualifikationen. Der Regierungsrat hat deshalb zusätzliche Massnahmen beschlossen, um die Integration nachhaltig zu stärken

und die bestehenden Instrumente gezielt weiterzuentwickeln. Die verstärkte wirtschaftliche Integration von Personen mit Schutzstatus S ist wichtig, um die Sozialhilfe zu entlasten und das inländische Arbeitskräftepotenzial zu nutzen.

Unterstützung für hochqualifizierte Personen

Ein besonderes Potenzial besteht bei hochqualifizierten Personen mit Schutzstatus S, deren Bildungsabschlüsse in der Schweiz noch nicht anerkannt sind. Um diese Kompetenzen besser zu nutzen, schliesst der Kanton Solothurn für die Jahre 2026 und 2027 eine Leistungsvereinbarung mit der Fachstelle HEKS ab. Deren Angebot «MosaiQ» unterstützt qualifizierte Migrantinnen und Migranten unter anderem bei Anerkennungsverfahren von Diplomen sowie beim Übergang in den Arbeitsmarkt. Mit dieser neuen Massnahme setzt der Kanton eine Empfehlung aus dem Zwischenbericht um. Ziel ist es, vorhandene Qualifikationen besser zu erkennen, Integrationshemmnisse abzubauen und die nachhaltige Erwerbsintegration weiter zu stärken. Die Finanzierung erfolgt mit Bundesmitteln.

Integration als Verbundsaufgabe

Der Regierungsrat hat den zuständigen Ausschuss der Interinstitutionellen Zusammenarbeit beauftragt, weitere Massnahmen zu prüfen. Der Regierungsrat betont, dass die wirtschaftliche Integration von geflüchteten Menschen aus der Ukraine weiterhin eine gemeinsame Aufgabe von Kanton, Gemeinden, Wirtschaft, Zivilgesellschaft und den betroffenen Personen selbst ist. Diese bewährte Zusammenarbeit aller Akteurinnen und Akteure soll deshalb weiter gepflegt und intensiviert werden.

Weitere Auskünfte

Sandro Müller, Leiter Amt für Gesellschaft und Soziales, 032 627 23 05

Beilage

Zwischenbericht Massnahmenplan «Wirtschaftliche Integration – Programm S»